

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V.

Sektion der War Resisters' International (WRI)

Landesverbände Rheinland-Pfalz und Hessen
c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstr. 10, 55116 Mainz
dfgvkhessen@t-online.de
www.dfg-vk-rlp.de www.dfg-vk-hessen.de



2. April 2021

Honorarkonsul der Ukraine
Herrn Dr. h.c. Hansjürgen Doss
Schillerplatz 7 (IHK für Rheinhessen)

55116 Mainz

Besorgnis wegen politisch motivierter Verfolgung des Pazifisten Ruslan Kozaba in der Ukraine; aus Anlass des Prozesstermins am 8. Aprils und der Kundgebung am Karsamstag auf dem Schillerplatz

Sehr geehrter Herr Dr. Doss,

für den 8. April 2021 hat das Gericht in Kolomyja (Oblast Iwano-Frankiwsk) erneut eine Anhörung im Strafverfahren gegen Ruslan Kozaba angesetzt.

Dieser Termin ist der Anlass dafür, die politisch motivierte Verfolgung Ruslan Kozabas bei den Ostermärschen zu thematisieren, auch bei der Abschlusskundgebung des Ostermarschs in Mainz am Karsamstag auf dem Schillerplatz, gegenüber Ihrem Honorarkonsulat.

Die Verfolgung Ruslan Kozabas ist auch Thema einer Rede beim Ostermarsch in Frankfurt.

An den Aktionen für Ruslan Kozaba beteiligen sich die Landesverbände Rheinland-Pfalz und Hessen der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Connection e.V., sowie die Berliner Initiative „Freiheit für Ruslan Kotsaba“, die am 8. April zeitgleich zum Verhandlungstermin mit einer Mahnwache vor der Botschaft der Ukraine in Berlin gegen die Verfolgung von Ruslan Kozaba protestieren wird.

Ruslan Kozaba ist Journalist und Pazifist. Er wird seit 2015 verfolgt, weil er seine pazifistische Überzeugung und seine Kritik am Krieg öffentlich geäußert hat und zur Kriegsdienstverweigerung aufgerufen hat.

Er wurde 2016 zu 3½ Jahren Gefängnis verurteilt. Nach 16 Monaten in Haft sprach ihn das Berufungsgericht des Bezirks Iwano-Frankiwsk frei. Das Oberste Gericht für Zivil- und Strafsachen hob den Freispruch jedoch 2017 auf und ordnete eine Wiederaufnahme des Verfahrens an. Amnesty International hatte ihn als Gewissensgefangenen anerkannt.

Meinungsfreiheit, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie das Recht auf Militärdienstverweigerung sind fundamentale Rechte, die sowohl in der Verfassung der Ukraine als auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert sind.

Niemand sollte bestraft werden, weil er von seinem Recht auf Meinungsfreiheit Gebrauch macht und sich für Frieden und Kriegsdienstverweigerung ausspricht.

Hier in Mainz wird das Schicksal von Ruslan Kozaba besonders aufmerksam verfolgt. Als er das erste Mal inhaftiert war, sprach 2016 seine Frau Uljana Kozaba in Mainz bei einer gut besuchten Veranstaltung im Rahmen der damaligen internationalen Kampagne für die Freilassung von Ruslan Kozaba. Bei einer weiteren Veranstaltung 2018 konnten wir Ruslan Kozaba persönlich begrüßen.

Wir erklären uns solidarisch mit Ruslan Kozaba und fordern die Ukraine dringend dazu auf, die gegen ihn gerichtete politische Verfolgung zu beenden und das Menschenrecht auf Meinungsfreiheit in der Ukraine zu gewährleisten, das auch die Befürwortung der Kriegsdienstverweigerung einschließen muss.

Beim Gerichtstermin am 21. Januar wurden Ruslan Kozaba und seine Anwältin vor dem Gerichtsgebäude von einem ultranationalistischen Mob angegriffen. Ein Unbekannter besprühte ihn mit einem Feuerlöscher und der Mob skandierte: "Tod den Feinden! Ukraine über alles!" Die Polizei schritt ein, nahm aber keinen der Angreifer fest. Ruslan Kozaba wird von rechtsextremen Kräften weiterhin bedroht. Wir fordern den ukrainischen Staat auf, die Sicherheit Ruslan Kozabas und anderer bedrohter Journalisten und Journalistinnen zu gewährleisten und den rechtsextremen Banden Einhalt zu gebieten.

Wir fordern ebenso dringlich, zu garantieren, dass pazifistisch gesinnte Menschen in der Ukraine, darunter auch die Mitglieder der Український Рух Паціфістів (Bewegung Ukrainischer Pazifisten), frei ihre Meinung äußern und sich gewaltfrei politisch betätigen können. Nicht zuletzt fordern wir die Ukraine auf, nicht nur die Befürwortung der Kriegsdienstverweigerung, sondern auch das Recht auf Kriegsverweigerung in vollem Umfang zu gewährleisten.

Selbstverständlich ist uns die schwierige Lage der Ukraine bewusst. Umso wichtiger ist es, dass sich auf allen Seiten pazifistische gesinnte Menschen Nationalismus und Aggression widersetzen. Nötig sind Deeskalation und eine völkerrechtskonforme Konfliktlösung, keinesfalls weitere Eskalation und Krieg.

Wir bitten Sie, unsere ernsthafte Besorgnis den ukrainischen Behörden zur Kenntnis zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gernot Lennert
Landesgeschäftsführer der Landesverbände Rheinland-Pfalz und Hessen der
Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Weitere Informationen über die Verfolgung von Ruslan Kozaba finden Sie hier

www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/ruslan-kotsaba

<http://www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/ruslan-kotsaba/>

<https://de.connection-ev.org/ruslankotsaba>

<https://www.facebook.com/berlinerinifreiheitruslankotsaba/>

<https://wri-irg.org/en/story/2021/wri-stands-solidarity-ukrainian-conscientious-objector-ruslan-kotsaba>